

Sozial vulnerable Kinder und Jugendliche müssen in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken

Die Auswirkungen der Pandemie können erhebliche soziale
Kosten in der nachwachsenden Generation junger Menschen erzeugen

Stellungnahme des Zentrums für Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter (ZPI)
an der Universität Bielefeld

Kinder und Jugendliche waren während der ersten Reaktionen auf die COVID-19-Infektionen von untergeordneter Bedeutung. Obwohl sie gemeinhin als gesundheitlich und sozial vulnerable Gruppe gelten, wurde der Blick auf sie als Risikogruppe ausgesetzt und durch eine Perspektive überlagert, die sie nun vielmehr als Risikofaktor für die Infektion anderer vulnerabler Gruppen ansieht. Die Veränderungen und Irritationen im Leben junger Menschen, die durch die COVID-19 Pandemie ausgelöst wurden, sind jedoch genauso einschneidend und prägend wie für andere Altersgruppen. Die psychosozialen Belastungen von Kindern und Jugendlichen sind unter bestimmten Bedingungen sogar intensiver, hängen vor allem von ihrer Lebenslage ab und stellen hohe Anforderungen an die Fähigkeit, die veränderten Lebensbedingungen zu bewältigen.

Über Maßnahmen des Infektionsschutzes hinaus ist es daher erforderlich, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Kinder und Jugendliche im Blick zu behalten. Dies gilt im Besonderen für sozial vulnerable Kinder und Jugendliche, weil sie über weniger Ressourcen verfügen, die ihre Widerstandsfähigkeit (Resilienz) regulieren. Eine ressourcenorientierte Perspektive ist vor allem auf die Lebensbedingungen, das Wohnumfeld, die finanzielle Ausstattung des Haushaltes oder die sozialen Netzwerke zu richten und mit dem Blick auf die Belastungen zu verknüpfen, die Kinder und Jugendliche jetzt erfahren. Hierzu gehören Belastungen durch Schulschließungen, Kontaktverbote mit Gleichaltrigen und den Großeltern, Einschränkungen der Mobilität, Intensivierung der Nähe und Abhängigkeit von Erziehungsberechtigten, die Einstellung von Konsum- und Freizeitaktivitäten oder der Unterstützungsangebote durch soziale Dienste. Für eine Perspektive auf sozial vulnerable Kinder und Jugendliche ist wichtig, dass diese Belastungen von einigen Kindern und Jugendlichen besonders intensiv erfahren werden. Die epidemieinduzierten Veränderungen treffen im Besonderen jene Gruppen, die diese Belastungen nicht kompensieren können. Hierzu zählen vor allem soziale Milieus und Gruppen, in denen keine Ausweichräume vorhanden sind, beengte Wohnverhältnisse existieren oder Einkommen prekär sind. Diese Situation wird noch einmal verschärft, wenn Kinder und Jugendliche schon vor der Pandemie einer Lebenssituation ausgesetzt waren, die sie sozial vulnerabel macht.

Sozial vulnerable Kinder und Jugendliche im Zentrum der Aufmerksamkeit

Forscherinnen und Forscher des Zentrums für Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter (ZPI) an der Universität Bielefeld fordern daher, dass die Lebenssituation sozial vulnerabler Kinder und Jugendlicher jetzt besonders in den Blick genommen wird, wenn Folgen und Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bekämpft werden. Nach der Konzentration auf die gesundheitlichen Aspekte muss jetzt auf die Folgewirkungen der Epidemie und ihre sozialen Kosten geblickt werden. In einem bisher kaum beachteten Dunkelfeld der öffentlichen Diskussion entstehen besondere Bedarfslagen, die schon vor der Isolation zu prekären Lebensla-

gen sozial vulnerabler Gruppen geführt haben, jetzt aber kumulieren. Diese Bedarfslagen entstehen durch den Wegfall von Versorgungsstrukturen in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie durch die Einschränkung der Entlastung von Familien durch Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Obwohl kein flächendeckendes Bild davon existiert, wie regional und kommunal unterschiedlich Angebote der Kinder- und Jugendhilfe aufrechterhalten werden können, lassen sich für sozial vulnerable Gruppen bereits Alarmsignale erkennen.

Angebote, die Kinder und Jugendliche adressieren, die als sozial vulnerabel angesehen werden, müssen also damit rechnen, dass:

- bereits existierende und aufgeschobene Hilfebedarfe aufgeholt werden müssen und
- neue Bedarfe durch Belastungen hinzutreten, die direkt mit der Pandemie und ihren Auswirkungen auf die Lebensgestaltung in Verbindung stehen.

Für praktische Maßnahmen, die jetzt eingeleitet werden müssen, sollte aber auch beachtet werden:

- sozial vulnerable Kinder und Jugendliche erfahren und deuten die Auswirkungen der Pandemie vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebenswelten, ihrer milieuspezifischen Herkunft sowie ihrer Einschätzung zu gesellschaftlicher Akzeptanz, Teilhabe und Partizipation
- sozial vulnerable Kinder und Jugendliche erfahren besondere Belastungen, weil Angebote, die sie bisher in Anspruch genommen haben, nur noch reduziert zur Verfügung stehen. Hierzu gehören Maßnahmen, die direkt den Kindern und Jugendlichen helfen oder ihren Familienmitgliedern (insbesondere natürlich den Eltern und Erziehungsberechtigten)
- sozial vulnerable Kinder und Jugendliche leben zumeist in prekären Lebensverhältnissen, die jetzt noch einmal durch die ökonomische Überforderung der Haushalte, in denen sie leben, und damit verbundene Mangelsituationen verschärft werden. Hierdurch entstehen neue Belastungen, die eine ohnehin geschwächte Gruppe treffen.
- sozial vulnerable Kinder und Jugendliche erfahren Schulstress, die gestiegenen Belastungen in den Familien und bereits vor der Quarantänezeit bestehende Bedarfslagen werden wahrscheinlich noch intensiver.

International wird eine Perspektive auf die besonderen Belastungen von Kindern und Jugendlichen immer häufiger artikuliert. Die bedeutsame Funktion von KiTas, Schulen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Früherkennungssystem für Kompensationsbedarfe ist weitgehend ausgesetzt. Ein wichtiger Einblick und Zugang in die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen bleibt somit versperrt. Darum muss jetzt damit begonnen werden, Bedarfe zu erkennen und Wege zur Bearbeitung zu entwickeln. Dies muss behutsam geschehen, die Logik des Aufholens von Zeit darf aufgeschobene und neu entstandene Belastungen in ihrer Wirkung nicht noch erhöhen.

Bedarfe erkennen und bearbeiten

Kinder und Jugendliche erleben eine große Veränderung ihrer Einbindung in **Erziehungs- und Bildungssysteme**. An keinem Ort außerhalb der Familie verbringen Kinder und Jugendliche so viel Zeit miteinander, die durch Zusammenarbeit, Vergemeinschaftung, Leistung und Konkurrenz gekennzeichnet ist. Die Zeit, in der jetzt die Wiederaufnahme des Schulbetriebs und die Beendigung des Schuljahres geplant werden, muss gut genutzt sein. Zentral ist, dass hier prozessorientiert gedacht wird und sehr spezifische Lösungen gefunden werden, die bundeslandesspezifische Herausforderungen berücksichtigen, vor allem aber an regionale und schul-

standortspezifische Bedarfe angepasst werden. Die gegenwärtige Diskussion lässt all diese Aspekte zumeist immer noch außen vor. Es müssen regionale und überregionale Gremien eingerichtet werden, in denen erfahrene Expertinnen und Experten für den gesamten Bildungsbereich zusammenarbeiten. Die Situation, die mit dem ungewollten Bildungsmoratorium der vergangenen Wochen verbunden war, muss jetzt genau analysiert und zur Grundlage der weiteren Planung werden. Jetzt muss evaluiert werden, wo Versorgungs- und Lernlücken entstanden sind und welche Gruppen Unterstützung benötigen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass „Schulstress ohne Schule“ entstanden ist und in allen Familien besondere Belastungen erfahren werden. Zudem muss damit gerechnet werden, dass die Abstände zwischen den Leistungsgruppen sich durch die schulische Latenzphase vergrößert haben. Alle Bildungsbereiche, der Elementar-, Primär-, Sekundär- und Tertiärbereich, müssen außerdem gesondert betrachtet werden. Lösungen wie die der Kleingruppenarbeit dürfen auf keinen Fall als die einzigen Möglichkeiten gesehen werden, durch die jetzt neue Lernangebote geschaffen werden. Daneben müssen digitale Angebote, das Bildungsfernsehen und die Auslagerung von Unterricht an Orte, die ausreichend physische Distanz zu lassen, in Betracht gezogen werden. Kurzfristige Lösungen, wie die Reduzierung von Unterricht auf die Hauptfächer, folgen einer fehlgeleiteten Logik des Aufholens, das die besondere psychosoziale Situation von Schülerinnen und Schülern, aber natürlich auch von Lehrkräften und Eltern ignoriert. Alle Beteiligten müssen lernen, die Krisensituation zu verstehen und daraus Folgerungen für Bildungspraktiken zu ziehen.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche bleiben in der öffentlichen Wahrnehmung marginalisiert. Die Anzahl „infizierter“ Sammelunterkünfte in Deutschland wächst, wobei Strategien der Infektionsvermeidung nur schwer unter den gegebenen beengten Bedingungen durchsetzbar sind. Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Lebensbedingungen ohnehin vulnerabel sind, werden einer noch stärkeren Belastung ausgesetzt. Auch außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen sind geflüchtete Kinder und ihre Eltern in einer sehr schwierigen Lage, weil der Zugang zum Gesundheitssystem wie auch zu gesundheitsbezogenen Informationen für sie zumeist Hürden birgt (nicht nur in sprachlicher Hinsicht). Hilfe- und Beratungsmöglichkeiten, die in Fragen u.a. von Gesundheit und Schul- sowie Berufsbildung in dieser Krisensituation unterstützen, sollten verfügbar sein. Zudem sind rechtliche Aufenthalts- und Niederlassungsregelungen der Eltern stark an Leistungsnachweise einer erfolgreichen Arbeitsmarktintegration gebunden. Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind mehr als autochthone Gleichaltrige auf die Gewährung von Anerkennung, Schutz und Teilhabemöglichkeiten angewiesen.

Die Corona-Krise legt den Blick auf die **Familie und ihre Leistungen im gesellschaftlichen Gefüge** mit Nachdruck offen. Im Zusammenhang mit den Beschränkungen des öffentlichen Lebens kann ein Rückgriff auf die Familie als vermeintliche Konstante inmitten der Krise beobachtet werden. Dabei sind entscheidende Vorbedingungen zur Herstellung des alltäglichen Familienlebens rigoros weggebrochen: Der Zugang zu Schule und Kindertagesstätte oder den sozialen Netzen ist derzeit nicht möglich. Isolationsmaßnahmen bedingen den Rückzug in den privaten Raum. Insbesondere Familien in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen, Ein-Eltern-Familien, Eltern von Kindern mit Behinderung sowie Kinder mit erkrankten Eltern sind hier mit immensen Erschwernissen konfrontiert. Der binnenfamiliale Raum hat im Zusammenhang mit der Krise eine zuvor ungekannte Potenzierung von Verantwortlichkeiten und Belastungen erfahren. In diesen verdichteten Alltag mischen sich die Verschärfungen ökonomischer, sozialer sowie psychischer Faktoren, wobei die Aufschichtung dieser sozialen Vulnerabilität bereits jetzt zu einer Überforderungssituation mit hohen sozialen Folgekosten führt.

Gerade Belastungen, die das **psychische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen** betreffen, werden in der Familie erfahren. Alltagsstrukturen und sinnstiftende Freizeitaktivitäten

brechen weg, begleitet von Verunsicherungen und Ängsten als Begleiterscheinung der neuartigen Krisensituation. Das Belastungserleben verschärft bereits existierende Problemlagen, was die Entstehung manifester Störungen begünstigen kann. Besonders gefährdet sind Kinder und Jugendliche, die mit einem psychisch erkrankten Elternteil zusammenleben oder selbst bereits durch eine psychische Erkrankung betroffen sind. Wo vorher andere Lebensbereiche (z.B. Schule, Freizeit, Peer-Group) außerhalb der Familie positive Erlebnisse, Ausgleich für mögliche Vernachlässigung oder Bewältigungshilfen für Stresserleben boten, fehlen aktuell diese kompensatorischen Erfahrungsräume und erschweren den Kindern und Jugendlichen den Umgang mit der bereits allgemein schwierigen Anpassung an die Gegebenheiten der Corona-Krise. Weitere Verschärfungen der Belastungssituation ergeben sich durch veränderte und z.T. eingeschränkte Behandlungsmöglichkeiten und Unterstützungsangebote und erhöhen Risiken für Rückfälle. Dies muss in den Versorgungsplänen der kommenden Zeit eine erhöhte Berücksichtigung in präventiver und therapeutischer Hinsicht finden.

Mehr als 15% der **Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind armutsgefährdet** und erleben den tatsächlichen oder drohenden Mangel in der Versorgung mit existenziellen Gütern, Einschränkungen im Bereich der sozialen Interaktionen, der Teilhabe und hohe psychosoziale Belastungen. Armut schränkt die Bildungs-, Gesundheits- und Teilhabechancen ein, was gerade von Kindern und Jugendlichen erfahren wird. Die Zahl der von Transferleistungen abhängigen Familien armutsgefährdeter junger Menschen steigt perspektivisch, die bestehenden Hilfesysteme sind hierauf aber noch nicht eingestellt. Der Verlust von Erwerbstätigkeit und -einkommen ist für Familien mit erheblichen Anstrengungen bei der Neustrukturierung des familiären Alltags verbunden. Alternative Versorgungssysteme wie z.B. die Tafeln, die schon bisher ca. 500.000 bedürftige Kinder und Jugendliche versorgt haben, zeigen eine erhöhte Nachfrage an, bei gleichzeitiger krisenbedingter Schließung etlicher Ausgabestellen. Finanzielle Mehrbelastungen, die mit der Lebensführung im Lockdown einhergehen, sind bisher nicht beantwortet worden. Es besteht folglich dringender Bedarf nach nachhaltigen und spürbaren Unterstützungsangeboten für armutsgefährdete Kinder und Jugendliche in prekären Lebenslagen.

Eine große Anzahl an Kindern und Jugendlichen, die bisher Hilfe und Schutz benötigt haben, sind jetzt mit Alltagsrealitäten konfrontiert, die durch **Angebote der Kinder- und Jugendhilfe** weniger und mitunter gar nicht mehr aufgefangen werden. Die freie Jugendarbeit, familienergänzende Betreuungsangebote im Nachmittagsbereich und sogar die vollstationäre Unterbringung in Heimen ist hiervon betroffen, so dass Kinder und Jugendliche in Not wieder in schwierige Bedingungen in ihren Familien zurückgeworfen werden. Haushaltshilfen und die aufsuchende Elternarbeit sind ein- oder auf digitale Zugänge umgestellt worden, Inobhutnahmen sind erschwert, da geeignete Familien sich nicht mehr aufnahmebereit zeigen. Die Gemengelage von Gewalt, Armut, psychischer und physischer Krankheit erzeugt Problemlagen, deren Folgen für die Familien noch kaum abzuschätzen sind. Gleichzeitig stehen Einrichtungen, die bisher die Hilfen erbringen konnten, vor der Schließung. Die ohnehin fragilen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe benötigen jetzt eine erhöhte Aufmerksamkeit, um akute Problemlagen und sich jetzt aufbauende Bedarfe bearbeiten zu können.

Menschen aller Altersgruppen sind jetzt mit einer Flut an Informationen konfrontiert, die potenziell ihre Gesundheit betreffen. Die **Suche nach zuverlässigen Informationen** gestaltet sich schwieriger als zuvor, da das Thema Corona-Virus auf allen medialen Kanälen präsent ist. Hierbei vermischen sich auf bedenkliche Art und Weise verlässliche und geprüfte Informationen über das Virus mit fachlich unqualifizierten Kommentaren, tendenziöser Berichterstattung und Verschwörungstheorien. Dies kann zu Verunsicherung, Angst und Überforderung führen. Derzeit ist nicht davon auszugehen, dass alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen in der

Lage dazu sind, sich sicher durch den Dschungel der „Infodemie“ zu bewegen. Wir wissen bereits, dass junge Menschen mehr unter Desinformation und Verunsicherung leiden und bereits vor der Pandemie existierte ein deutlicher Einfluss des sozialen Hintergrundes auf die informations- und wissensorientierte Gesundheitskompetenz. Gerade sozial vulnerable Kinder und Jugendlichen müssen darum dazu befähigt werden, die Glaubwürdigkeit von Gesundheitsinformationen zu hinterfragen, tendenziöse und irreführende Informationsangebote zu entlarven, verlässliche Informationen zu finden und darauf aufbauend informierte Gesundheitsentscheidungen zu treffen.

Kein Spiel mit dem freien Markt

Der ökonomische Sektor zeigt eindrücklich, dass krisenbedingten Auswirkungen nur durch gezielte Steuerung entgegengewirkt werden kann. Ein Setzen auf Marktkräfte darf daher auf keinen Fall in den Bereichen der sozial staatlichen Versorgung ausprobiert werden, wo diese Mechanismen die Garantie für eine ausreichende Unterstützung vulnerabler Gruppen nicht übernehmen können. Es bleibt zu betonen, dass für eine ausreichende Versorgung nicht das Problem des Ressourcenmangels besteht. Es geht jetzt um eine richtige Lenkung und Allokation von Leistungen, die Bereitschaft der öffentlichen Hand hierfür mehr Ressourcen aufzuwenden und damit die sozialen Folgekosten der Pandemie abzufedern.